

**Oberbürgermeister Katharina Pötter**

**zur Ukraine-Resolution des Rates**

**am Dienstag, 15. Mai 2022**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

diese ehrenwerte Resolution öffnet die Augen für zwei bemerkenswerte Zusammenhänge: unser Rat, der Rat der Friedensstadt Osnabrück, steht mit großer Mehrheit zusammen, wenn es um die elementaren Prinzipien unseres Zusammenlebens geht: Wir verurteilen den Krieg in der Ukraine, bieten unsere Hilfe und Gastfreundschaft an und rufen als Europäer dazu auf, zu der gepflegten Praxis des Gesprächs zurückzukehren. Das Gespräch ist das einzige Medium der Auseinandersetzung, mit dem sich alle Konflikte lösen lassen, ohne den Partner zu beschädigen. Das Gespräch verwandelt den Feind in einen Gegner und irgendwann vielleicht auch in einen Partner. Wir Deutschen wissen, was ich meine. Die Dynamik von Kriegen lässt solche Resolutionen aber auch schnell veralten. Auch das zeigt diese nur wenige Tage junge Resolution. Wir müssen zu nichts mehr auffordern, weil all das, was gefordert wird, auf allen diplomatischen Ebenen schon längst gemacht wird. Wem wollen wir sie also schicken, wen auf was aufmerksam machen? Hoffen wir, dass das Gut-gemeinte von der Welt gehört wird.

Und so haben wir die Phase der Überraschung, der sprachlosen Fassungslosigkeit und Beklommenheit am 20. Tag des Krieges noch nicht überwunden: Es ist Krieg in Europa! Dabei waren wir als Europäer doch so selbstbewusst davon ausgegangen, unsere bittere Lektion gelernt zu haben. Wir dachten, dass der Krieg Teil unserer Geschichte ist, nicht aber Teil der Gegenwart und Zukunft.

Trotz unserer Fassungslosigkeit habe ich gleich zu Beginn des Krieges ein Stab eingerichtet, der sich unter meiner Leitung täglich trifft, die aktuelle Lage zusammenfasst, soweit sie uns bekannt ist, und die notwendigen organisatorischen Aufgaben bespricht und vorbereitet. Wie Sie wissen, wurde unsere Vorbereitung von einem umwerfenden ehrenamtlichen Engagement der Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft getragen, wofür ich den Osnabrückerinnen und Osnabrückern sehr dankbar bin. Schon 560 Flüchtlinge sind bei Verwandten und Freunden in Osnabrück untergekommen. Von denen wissen wir. Es wird aber noch mehr geben, von denen wir nicht wissen, denn die Ukrainer brauchen kein Visum, wenn sie nach Deutschland einreisen. Dabei hilft natürlich, dass in Osnabrück 1400 Personen mit ukrainischen Wurzeln leben. Zahlreiche Angebote von Ehrenamtlichen sind bei uns eingegangen. Und die Bereitschaft zu spenden ist groß.

Und doch kommen wir angesichts der zu erwartenden Menschen, deren genaue Zahl wir nicht kennen, die aber vermutlich größer sein wird, als wir anfänglich angenommen haben, an die Grenzen unserer Ressourcen. Der Krieg ist im Westen der Ukraine angekommen, so dass sich nun im ganzen Land Menschen auf den Weg machen, die in ihrer Heimat ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Sie werden kommen: über Frankfurt/Oder, Berlin, Hannover, nach Osnabrück. Und es werden so viele sein, dass wir ihnen kaum noch Wohnungen und Zimmer anbieten können, sondern nur noch ein Dach über dem Kopf, Schutz vor Kälte

und Nässe, Sicherheit und Speisen. Und den Kindern einen Zugang zu unseren Bildungseinrichtungen. Deswegen haben wir sehr schnell die Käthe-Kollwitz-Schule ertüchtigt mit dem Ziel, dort alsbald bis zu 300 Menschen vorläufig unterzubringen. Und wir suchen nach einer weiteren Immobilie. Und weil das auch viel Geld kosten wird, haben wir, wie Sie wissen, 2 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Ob das reichen wird? Wohl nur vorläufig!

Die Hilfsbereitschaft und das kommunale Angebot haben aber auch eine weniger freundliche Seite, über die wir gleichwohl sprechen müssen. Wir stellen viel Geld in den Haushalt ein, um der Aufgabe gewachsen zu sein. Ich erwarte aber von Land und Bund, dass sie uns mit der Finanzierung dieser Aufgabe nicht allein lassen. Die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge sind eine Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, die die Kommunen nur zum Teil in eigener Zuständigkeit abwickeln, jedoch nicht auch noch finanzieren können. Ich gehe davon aus, dass das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen ist. Meines Erachtens müssen wir darauf hinwirken, dass erneut, wie schon 2015, die Landesaufnahmestellen eine zentrale Anlauf- und Verteilungsfunktion bekommen. Wenn die Landesbehörde das nicht hinkriegt, werden wir scheitern. Anders ist eine einigermaßen geordnete und zügige Abwicklung nicht möglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Bundeskanzler hat treffend von einer „Zeitenwende“ gesprochen. Alle Sicherheiten sind ins Rutschen gekommen, nichts ist mehr fixiert: Vielleicht müssen wir sogar vorübergehend die Laufzeiten der Kohlekraftwerke verlängern, weil wir noch auf fossile Energieträger angewiesen sind; selbst eine Verlängerung der Atomenergie kann diskutiert werden und ist kein Tabu mehr. Auch unsere Stadtwerke

werden von den hohen Dieselpreisen belastet. So zwingt uns der Krieg auch dazu, unsere Maßnahmen, mit denen wir auf das veränderte Klima reagieren müssen, zu beschleunigen: Weg von der fossilen, hin zur regenerativen Energie, die uns auch unabhängiger machen soll.

Krieg in Europa ist nicht nur möglich, sondern fast 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wirklich. Und diese Wende trifft jeden: jeden Bürger und jede Bürgerin unseres Landes und unserer Stadt – uns Ratsmitglieder nicht anders als unsere Wähler. Der Krieg macht da keinen Unterschied. Nun müssen wir unser Verhältnis zu unserer Freiheit überdenken und das heißt auch zu unserer Bundeswehr, die sie im Zweifel sichern soll. Meines Erachtens müssen wir unsere Streitkräfte in unserer Gesellschaft wieder willkommen heißen, was allein schon deswegen schwierig ist, weil eine Armee nun einmal hierarchisch von oben nach unten organisiert ist, während eine Demokratie eher von unten nach oben organisiert sein sollte. Das ist schon eine Herausforderung! Stellen wir uns dieser Diskussion jetzt und im kommenden Jahr, für das unsere Stadt mit ihrer Geschichte die geeignete Bühne für die Frage nach Frieden und Freiheit ist. Ich kann es mir nicht anders vorstellen: dieser Krieg wird programmatische Folgen für das Jubiläum im kommenden Jahr haben müssen. Ich bin also davon überzeugt, dass diese Fragen bleiben werden und beantwortet werden müssen, auch wenn der Krieg vorbei sein wird.

Dem Frieden gehört die Zukunft, nicht dem Krieg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!